

Wolfsblatt

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Wolfsblatt“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Edition: Blaustraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Bolschewik“, Neue Grunenstraße 8c, durch die Zweigstelle, Zigarettengeschäft „Reich“, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Buchläden zu beziehen. Preis freibleibend, vorläufig wöchentlich 1600 000 Mr. für den Monat September freibleibend.

Organ für die werttätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.

Postcheck-Konto: Postcheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je 10000 Mr. für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 550000 Mr., ausw. 800000 Mr., Siedlungsgeb. 800000 Mr., Familienangelegenheiten, Stellenanzeigen, Vereins-, Gesamtlösungen- und Wohnungs-Anzeigen 60000 Mr. Kleine Anzeigen pro Wort 10000 Mr., das folge Wort 20000 Mr. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptexpedition Blaustraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Französische Rückfragen.

Pariser Antwort an Stresemann.

Der rechtsbeobehende *P. M. Goulois* schreibt zu der französischen Rede des Reichskanzlers: „Es ist möglich, daß das der Rede des Reichskanzlers zugrunde liegende Finanzprogramm von Interesse ist. Wenn wir in dieser Beziehung ein wohlüberlegtes Urteil abgeben sollen, brauchen wir bestimmte Angaben, deren Gehalt wir in der Rede des Reichskanzlers feststellen. Wir müssen zunächst wissen, mit welchen Mitteln der Staat in der Lage ist, sich für die Mitwirkung der Privatwirtschaft zu verpflichten. Was der Reichskanzler in dieser Beziehung ausgeführt hat, ist bisher lediglich Behauptung. Wir müssen Klarheit über den Prozeßtag, den das Reich uns von den Jägern der Hypotheken abtreten bereit wäre, haben. Reichskanzler Stresemann sagt darüber nichts. Schließlich müssen wir Klärung über die Zusammensetzung des überkommissarischen Ausschusses erhalten. Dieser würde für uns nur insofern von Interesse sein, als er uns die unbedingte Kontrolle der Hypotheken und der Zahlung der Zinsen gewährleistet. Was versteht schließlich Stresemann als Zusicherung, das Ruhrgebiet zu räumen, wie er nun uns verlangt. Wenn es sich darum handelt, das besetzte Gebiet nach Mezzagno der Zahlungen zu räumen, so ist alles in Ordnung. Diese verschiedenen Punkte sind leider bisher nicht genügend gescannt, so daß wir uns mit Deutschkredit auf wirklich nussbringende Verhandlungen einlassen könnten. Es kommt also zunächst darauf an, noch bestehende Zweifel zu zerstreuen. Wir wollen annehmen, daß das Angebot Stresemanns nur ein Ziel auf dem Wege zu der Lösung bedeutet, die endgültig ist und die zu verwirklichen fähig und allein von dem deutschen Reichskanzler abhängt.“

Das weiter linksstehende „*Oeuvre*“ erklärt unter Hinweis auf die unzureichende Rechtfertigung der Rede zugrunde liegt: Die einzige bestimmte Angabe des Reichskanzlers Stresemann betrifft darin, daß die leitenden Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens ihre Mitarbeit zugesagt haben und daß die von Frankreich aufgestellte Forderung auf diese Weise bestreitigt werden kann. Die immer wieder grundlegenden Tatsache ist auf alle Fälle, daß Deutschland künftig, anstatt sich auf Protest zu verstreiten, die Erörterung des einzigen Wesentlichen seines Programms wieder aufnehme, die Reparationsfrage. Der gemäßigt konervative *Figaro* schreibt: Reichskanzler Stresemann hat wahrscheinlich in den Beziehungen der deutschen Seite nicht nach Geschmack als Reichskanzler Cuna. Die Lage hat sich nicht geändert. Das Verlangt Stresemanns besteht darin, das Problem umzulehnen und den Alliierten zu erklären: Wie gehen noch über den Versailler Vertrag hinaus, wie bieten euch nicht nur Garantie auf Grundlage der Staatswirtschaft, sondern auch Hypotheken auf die deutsche Privatwirtschaft, die davor einverstanden ist. Das Pfand ist gut, um dadurch zur Bezahlung zu gelangen und es gestatte Frankreich sofort, sich zu befriedigen. Gewiß, der Vorschlag ist verlockend, aber Stresemann führt hinzu, das ist nur möglich unter der Bedingung, daß man uns zunächst das Ruhrgebiet und die Rheinlande wiedergibt, das ist der ewige Schrecken des deutschen Reichskanzlers. Für jedes Zugeständnis, das Deutschland macht, verlangt es eine entsprechende Konzession. Poincaré sagt: „Bezahl und wir räumen das Ruhrgebiet, Stresemann sagt: „Räumt das Ruhrgebiet, damit wir bezahlen können.“

Der „Petit Parisien“ des Außenministeriums meint, es sei vorläufig sehr schwierig, die Ausführungen Stresemanns klar zu beurteilen. Immerhin könne man sagen, daß die Rede einen bemerkbaren Fortschritt gegenüber seiner Stuttgarter Rede darstellt.

Der offizielle „*Le m p s*“ schreibt: Diejenigen, die von Berlin ein entscheidendes Wort erwartet hätten, seien durch die Erklärung Stresemanns enttäuscht. Der Reichskanzler kündigte nicht die Einstellung des passiven Widerstandes an, insgesondern könnten auch keine Verhandlungen eingesetzt werden. Der Reichskanzler habe jedoch anerkannt, daß Deutschland weder seine Währung noch seine Prosperität wiederfinden könne, so lange der Ruhrkonflikt andauere. Stresemann schlägt den Alliierten vor, eine aktiveren Friedensgemeinschaft zu werden, die hypothekarische Einnahmen verwalten sollte, die durch nicht existierende Hypotheken garantiert werden.

„Journal des Débats“ unterstreicht, daß der deutsche Reichskanzler durch seine Rede die offizielle Richtigkeit des Reparationsproblems nicht schwieriger mache. Diese negative Reaktion habe ihr Interesse, denn Stresemann habe in dem Wunsche, die nationalistische Meinung zu schonen und um so nicht den Antheim der Kapitulation zu geben, es vermieden, unsichtbare Worte zu gesetzen, die jede weitere Verhandlung abgelöschten hätten. Er habe anerkannt, daß keine Lösung durch Mittel des passiven Widerstandes erfolgen könne. Dieses Zugehörnis müsse ihn veranlassen, sofort die verhandlungsfähige Politik seines Vorgängers aufzugeben, insoweit, als er wisse, daß vom dieser Richtung hin Frankreich und Belgien nicht nachgeben würden. Eine Operation wie das Annehmen schenken würde nicht zweckmäßig unterschlagen werden. Infolgedessen würden die begehrten Gebiete nur nach Maßgabe effektiver Zahlungen geräumt.

Ein englischer Kommentar zur deutsch-französischen Diskussion.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, nicht zu verfehlte sei die Pariser Rednung, nach der die britische Regierung Berlin angewiesen habe, separate Verhandlungen mit Frankreich anzustreben. Baldwin und Curzon hätten immer wieder betont, daß die britische Regierung die Reparationsfrage als eine Frage ansiehe, die gemeinsam von allen Alliierten mit Berlin geregelt werden müsse und nicht nur von einem oder zweien von ihnen. Der Berichterstatter hebt hervor, daß Poincaré auf der Einstellung des britischen Widerstandes und Aufrechterhaltung der direkten, mi-

Worin wir Stresemann nicht zustimmen.

Wir haben gestern den Auszug des Wolff-Büros aus der letzten Rede des Reichskanzlers Dr. Stresemann gebracht und seinen außenpolitischen Ausführungen unsere Zustimmung gegeben. Der uns inzwischen vorliegende Text der ganzen Rede enthält außer diesen Darlegungen über die Ruhr- und Reparationspolitik der Reichsregierung auch einige wirtschafts- und finanzielle politische Bemerkungen, in denen der Reichskanzler sich weniger als Sprecher der Volksmehrheit und mehr als der Führer einer bürgerlichen Partei zeigt, der er nebenbei noch gehalten ist. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt zu diesem Teile der Stresemanns-Rede mit Recht:

„Die Arbeiterklasse weiß, daß jede Regelung der außenpolitischen Verhältnisse Deutschlands mit schweren inneren Lasten verknüpft ist. Sie weiß, daß sie zu diesen Lasten als die größte Klasse des Volkes auch einen erheblichen Teil beitragen muß. Daß ihre Hilfe in dieser Beziehung nicht fehlen wird, hat auch die deutsche Arbeiterschaft bereits bewiesen. Sie hat große Steuerlasten getragen, als sich der Besitz aller Steuerlasten entzog, sie ist das Opfer der Geldentwertung gewesen, als der Sachbeschluß in größerem Umfange Rückflüsse dieser Entwertung war. Herr Stresemann selbst hat diese Tatsache in früheren Reden erkannt. Er sollte diese Geschäftspunkte auch jetzt nicht außer Acht lassen, wo er, vielleicht unter dem Eindruck einer gewissen Wandlung mächtiger Kreise der Wirtschaft, glaubt, ihrer Hilfe bei der Erledigung der Reparationsfrage durchaus sicher zu sein.“

Bedauern müssen wir auch, daß der Reichskanzler den Vorstellungen der bayerischen Regierung über die Steuererleichterung wohlwollende Erfüllung zugesagt hat. Die Sozialdemokratie hat die letzten Steuern nie für ideal gehalten. Sie enthalten zweifellos Härten und Ungerechtigkeiten, aber der Kampf der bayerischen Reaktion gegen die neuen Steuern, den sich die bayerische Regierung zu eigen gemacht hat, richtet sich nicht gegen einzelne Härten dieser Steuern, sondern gegen die Steuerneinziehung selbst. Hier dürfen keine Zugeständnisse gemacht werden, denn sie mindern den Ertrag dieser Steuern. Das aber verschärft die Finanz- und Wirtschaftskrise. Daher ist es auch gefährlich, die Exportabgabe, die eine wichtige Einnahmequelle des Reiches bildet, sowohl die Kohlensteuer abzubauen, ohne Ersatz für diesen Ausfall zu schaffen. Der Reichskanzler hat dann weiter darüber gesprochen, daß die Preise schon teilweise über dem Weltmarktpreis liegen und die Löhne vielfach über den Friedenslöhnen. Wir hätten gewünscht, daß er dafür den Beweis angetreten hätte, der sehr schwer werden dürfte. Der höchste Lohn, der in der laufenden Woche bezahlt wird, ist nach Abzug der Steuerleistung 150 Millionen, das sind 1½ Dollar. Will uns der Herr Reichskanzler irgend eine Berufsgruppe in Deutschland nennen, die vor dem Kriege 6 Mark Friedenslohn wöchentlich gehabt hat, also den Lohn, den der gegenwärtig bestzahlte Arbeiter erhält?

Dr. Stresemann hat u. a. auch noch die Notwendigkeit der Produktionssteigerung betont. Darauf gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Da die Reparationsleistungen nur aufgebracht werden können durch Warenausfuhr, so ist eine große Erzeugung von Waren eine der wichtigsten Voraussetzungen. Wo die Arbeitsintensität noch nicht im genügenden Maße gestiegen ist, muß auf ihre ständige Steigerung hingewirkt werden. Das schlechteste Mittel dazu aber sind Reden mit Angaben, die Arbeiter hätten den Friedenslohn bereits überschritten. So notwendig es ist, daß vor der Arbeitsettehet alles geschieht, um die deutsche Produktionsfähigkeit zu heben, so notwendig sind ergänzende Maßnahmen, die nur von den Unternehmern getroffen werden können. Will Herr Stresemann das Problem der deutschen Produktion wirklich fördern, so wird er der Unterstüzung der Arbeiter dabei durchaus sicher sein, denn das bedingt durchaus nicht die Beleidigung des Arbeitstages, sondern ist möglich bei gefundenen Wirtschaftsverhältnissen innerhalb des Arbeitstages, bei seiner restlosen Ausnutzung durch Arbeiter und Unternehmer. Bisher aber sind diese Grundlagen der Produktion nicht vorhanden.“

Italien dementiert die Kriegsgefahr an der Adria.

Wie die Agentur Stefani erfährt, sind die alarmierenden Gerüchte aus englischer Quelle, betreffend die Riumefrage, vollständig unbegründet. Vor allem sei festgestellt, daß es ein am Sonnabend ablaufenches italienisches Ultimatum gäbe nicht gibt. Das Datum des 15. September sei zwischen Rom und Belgrad festgelegt worden, um sich die Entscheidungen mitzuteilen, aber dies habe in keiner Weise den Charakter eines Ultimatums gehabt und es steht nichts im Wege, daß die italienische und die jugoslawische Regierung diese Frist verlängern könnten. Ferner sei es falsch, daß Italien den Schiedsgericht der Schweiz abgeschaut habe, da ein solcher Schiedsgericht bisher von Belgrad überhaupt noch nicht formell vorgelegt sei. Die Verhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien dauern an und es liege nichts vor, was verhindern würde, daß sie zu einer Verständigung führen könnten. Die Besorgnis vor Verwicklungen sei also übertrieben.

Die russische Staatsbank sucht seite Fühlung mit der Pariser Börse.

„Petit Parisien“ meldet: Der Leiter der russischen Staatsbank, Schtschin, begibt sich mit Ernächtigung der französischen Regierung nach Frankreich. Er trifft vielleicht schon heute in Paris ein. Der Zweck seiner Reise ist persönliche Fühlungnahme mit den Leitern der französischen Finanzinstitute, mit denen Schtschin bereits seit einiger Zeit verhandelt. Die Bemühungen werden, dem Blatte zu folge, höchstwahrscheinlich die Errichtung einer Korrespondenzstelle der russischen Staatsbank in Frankreich zur Folge haben. Eine leitende Persönlichkeit der Pariser Börse wird einer Vertretung des Blattes, man bemühe sich, eine durchführbare Formel zu finden, die es ermögliche, mit der Wahrnehmung der französischen und belgischen Interessen in Russland den Anfang zu machen. Alles, was geschieht ist, sei dem Ministerpräsidenten bekannt und habe seine Zustimmung.

Kommunisten als „Ehrenlosaten“.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist, wie der Ost-Express meldet, von einer in Schlesien (Ukraine) stationierten Roten-Division der Roten Armee zum Chef ernannt worden und hat die Wahl angenommen. In einer feierlichen Versammlung hielt der deutsche Kommunist Haubert eine Rede über die Rolle der Roten Armee im Zusammenhang mit der Entwicklung in Deutschland, die den Sowjetblättern zufolge, bei den Roten Kosaken großen Beifall fand. Einige führende Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands sind zu „Ehrenlosaten“ erwählt worden.

Englische Außenhandelsziffern.

Der Handel Großbritanniens mit den Tschechoslowakei, Finnland, Polen, Lettland, Estland, Litauen, betrug im ersten Halbjahr 1923 in Tausenden Pfund Sterling (die eingetümerten Ziffern sind diejenigen für den gleichen Zeitraum des Jahres 1922, ebenfalls in Tausenden Pfund Sterling):

Einfuhr aus: Tschechoslowakei 4245 (2537), Finnland 3496 (2758), Polen 3628 (985), Lettland 2458 (1077), Litauen (offizielle Ziffern nicht verfügbar).

Ausfuhr nach: Tschechoslowakei 426 (413), Finnland 1816 (1240), Polen 1351 (910), Lettland 501 (491), Estland 443 (640), Litauen (keine offiziellen Ziffern vorhanden).

Die Einfuhr von Deutschland betrug im ersten Halbjahr 1923 16 930 000 Pfund Sterling, der englische Export nach Deutschland 20 798 700 Pfund Sterling und der Reexport nach Deutschland 10 368 400 Pfund Sterling.

**Ein Dollar (Berlin) 92 631 000 Mr.
Ein Dollar (Newyork) 114 000 000 Mr.**

Deutschlands Getreideernte

ist nach den vorliegenden Vorschlägen für das Reich in Preußen wesentlich besser als die Ernte der letzten 5 Jahre und steht selbst nach den amtlichen Erhebungen nur noch wenig im Durchschnittsertrag hinter dem Jahre 1913 zurück. Man erwartet z. B. in Preußen eine Ernte an Brotgetreide, die um 47 Prozent oder 2,3 Millionen Tonnen größer ist, als die des Vorjahres. Die gesamte Getreideernte dürfte nach den gleichen Angaben um 48,6 Prozent über 4,3 Millionen Tonnen größer sein als im letzten Jahr. Die amtliche Statistik bestätigt so die außerordentlich günstige Entwicklung der Halmrüchte, welche zum großen Teil bei günstigem Wetter gut eingeholt werden konnten. Wenn die Getreiderücke bei Weizen noch um etwa 2, bei Winterroggen um 1,3 Doppelzentner hinter dem Kriegsstand zurückbleiben, so steht absolut nicht fest, ob dieser Minderertrag tatsächlich vorhanden ist. Die amtliche Erheberichterstattung hat sich in den letzten Jahren als außerordentlich unzuverlässig erwiesen und stand sehr stark unter dem Einfluß der Treibereien gegen die Zwangswirtschaft. Um sich der Lieferungspflicht zu entziehen, suchten natürlich die Landwirte und die ihnen nahestehenden Kreise das Ergebnis der Ernte möglichst ungünstig hinzustellen und es ist anzunehmen, daß diese Möglichkeit vielerorts jetzt noch nicht abgelegt ist. Man kann also ohne Übertriebung behaupten, daß wir in diesem Jahr eine Rekordrnte haben. Umso trauriger ist es, daß die Verbraucher von dem wirtschaftlichen Ausfall der Ernte wenig zu spüren bekommen. Infolge der großen Schwankungen des Geldwertes steigt der freie Brotpreis unangesehen, nachdem sich die Getreidepreise an der Börse automatisch den Weltmarktpreisen anpassen, ja, diese sogar zeitweilig übersteigen. Der Mangel an Devisen verhindert, die Konkurrenz billigeren Auslandsgetreides in dem Umfang gegen eine Übersteigerung der inländischen Getreidepreise auszu spielen, wie es anlässlich der Not der Verbraucher erforderlich wäre. Die Schwankungen des Geldwertes verhindern auch, daß die Versorgung mit Getreide einmal zu reichlich wird, um die Preise wesentlich senken zu können. Denn das Getreide, das der Landwirt behält, entwertet sich nicht, während die Papiermark, die ihn der Verkauf einbringt, schon von dem Zeitpunkt des Getreideverkaufs bis zu dem Augenblick, wo er eine andere Ware, etwa Kunstdünger, dafür erstanden hat, wesentlich zurückgegangen ist. Es kommt also alles darauf an, die bessere und billigere Brotversorgung zu begünstigen durch die Einführung einer handständiger Zahlungsmittel. Schon jetzt hat man den Landwirten für das vom Reich geforderte Getreide die neue Goldanleihe des Reiches als Zahlungsmittel angeboten und nimmt diese auch bei der Landabgabe als Steuer in Zahlung. Es wird notwendig sein, daß diese Versuche, die Getreidebeschaffung zu begünstigen, fortgesetzt werden. Sind doch für eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft die Bedingungen nicht mehr gegeben, zumal der Organisationsapparat dafür abgebaut ist. Auch soviel kann man sich von politischen Maßnahmen allein eine Erfassung der Ernte nicht versprechen, wenn die ökonomischen Interessen der wirtschaftlich erfaßten Landwirtschaft sich in einem so starken Gegensatz zu den Interessen der Verbraucher befinden, wie das jetzt durch die Geldentwertung der Fall ist. Die Tatsache, daß die Ernte gut ausgefallen ist, begünstigt auf der anderen Seite die Schaffung einer neuen Währung in außerordentlicher Weise. Wir brauchen mehrere Millionen Tonnen Getreide weniger vom Ausland einzuführen, als in früheren Jahren, und um diesen Beitrag, der in die Missstände Goldmark geht, wird unsere Handelsbilanz und damit auch die Zahlungsbilanz entlastet. Es darf daher keine Zeit mehr verloren werden, um die Währungspolitik auf dem befristeten Wege fortzuführen.

Deutschlands Fleischverfassung.

Die unverzerrlich frappante Belieferung mit Fleisch, die jetzt in den deutschen Großstädten und Industrievierteln zu bemerken ist, wird nur deshalb nicht als Zusammenschluß der Fleischversorgung empfunden, weil die erdrückende Mehrzahl der Bevölkerung außerstande ist, die enorm hohen Fleischpreise zu zahlen. So groist es flügt, hat sich in den letzten Wochen — offenkundig nur an einzelnen Tagen und auf einzelnen Märkten — die ganze Zeit sogar ein Überangebot in Schlechtvieh herausgestellt, weil die geringste Steigerung der Zahl genügt hat, um die Kaufnahmeunfähigkeit des Marktes zu entflecken. Den Händlern fehlt das zur Abnahme hinwendige reiche Kapital, die große Zahl der Verbraucher, deren Nachfrage, besonders nach dem Eintritt von Südtiroler Ausländer, war einen Wochenlohn im Gegenvor von wenigen Pfund Fleisch verfehlit, muß darauf verzichten, dieses wichtige Rohstoffsmittel zu nutzen. Gleichzeitig sind die unverzerrlich hohen Preise immer schon an den leichten Märkten, z. B. in Hamburg am 11. September, für Kalberfleisch Qualität 9—11 Millionen Pf. je Kilogramm, für Schweinefleisch mindestens 6½ Millionen Pfennig je Kilogramm gezahlt worden, wenn selbst an leicht beschaffbaren Märkten Kinder unter 4 Millionen Schafe nahten 5 Millio-

Egon und Daniela.

Eine Erzählung von Otto Stoekl

181

三

Jur Herbst eröffnet und erhält von den Klämmen wesentliche
wechselseitige Vergünstigungen, um keinen Stabzettel für die besor-
fekenden Brüderungen im Hause abliegen zu lassen. Vermittlungs-
beamter er keine Freiheit, nachmittags braucht er deshalb auch gar
nicht mehr ins Hau zu zurückkehren. Er trägt eine einfache Kleidung
zur Schule, den Gewänder und Gürtelglocken gegenüber jugendlich
bewaffnet und vertheidigungssoll. Häufiger mag er ja keine beiden
Brüderungen glanzvoll befehlten, dadurch den reichlicheren Schall des
definitiven Beurteils und die erfahrene gute Partie erreichen. Aller-
dings freut er noch wie vor tief in seinen Fähigen Selbstvergnügen und
Berlegeschenheiten, aber er übermeißt es, seine ohnehin gewölbigen,
dass heißt heimliche Knochen vergrößerten Spontanitätshand anzusehen,
habeck hält sich an die jüngsten Freude und läuft ihnen den Fuchs
zu Fuchs versteckten kleinen Bettläger, auf denen zufriedenes Er-
folge der einer bis fünf Rittern unverhofft hat. Er beharrt
noch nicht diese Schultheitliche rasse harte Ritter zu sein, auf anderem
ist die Sache leichter geführt. Diese Freuden hat nicht bei
Recht sonst und gelten als unverzügliches Rechtfertigung. Jenseit
stehet er häufig bei einem seiner alten Freunden ein, der
gleich zu seinem und befürchtet ein neues Unglück zu berichten,
das ihn an der Übergang des Verbrechens gesetzigt, der zwischen
ihm und ein Dämonen von mindestens Fünfzig Stufen prahlvollen
fände. Aber wenn er darumhin eine oder zwei Rittern erhält, ist
es auch gefährlich, welche hochgeehrten Freunde mit dem schon
gefährdeten Soldaten das Hau und wird dann ebenfalls in einem
Theater bei ungemeiner beliebter Ovation oder in einem entzückte
Siegelgängenstaat an der Seite seiner blütigen Freude gezeigt.
Zugs dorthin geht er dem Kaiser in aufragenden Repräsentanz der
Kunst eine Erzählung ganz leisten, wie des Langwirt und der
Schwester und dem gefährlichen Feind gekämpft, gekämpft und
besiegt wurden sei. Dabei zeigt ihn Käffle eine von der wichtigste
Stoff verjagte Stoff, einer jungen blütigen Freude und Süßheit und
Klarheit gehörte sie an, als gewöhnlich Wille der Schauspieler
aufzutreten und zu unterhalten und zu unterhalten und zu unterhalten
Gedächtnis steht er sich von zwecklosen herren Rappellen, wie er
einen Abmarsch zu empfehligen suchte Freude und Freude und
heiliges Bilden, füllt aus seinem Umgang so herauszuholen. Dabei
lieferte er die Hand aufs Herz und hielt sein Geschilder gerichtet an
die Menschen nicht ohne Bergungen im Gedächtnis, wie er jedoch
auf eines Zeitraumesdienst hin, die trübsamen Lebensbediensteth-

tionen Markt je Pfund Lebendgewicht kaum zu erhalten waren, so ist es kein Wunder, wenn die ausgeschlachtete Ware noch wesentlich höher im Preise ist. Die nachfolgende Tabelle, welche die Preise etwa am 10. September mit der gleichen Zeit des Vor- monats vergleicht, hat insgesessen fast nur noch historisches Interesse; sie ist durch die weitere Entwicklung bereits überholt, zeigt aber gleichwohl den rapiden Anstieg der Fleischpreise auf den wichtigsten Rübenmärkten.

	August	September
Rinder	70—240	1300—4375
Kälber	60—220	2500—5600
Schafe	60—160	1520—5000
Zwölftal	60—160	2500—7550

Der Gr a n d für die schlechte Belebung der Märkte ist vor allem die Tatsache, daß die Landwirtschaft nach dem guten Verlauf der letzten Ernte, insbesondere auch bei Futtermitteln, bemüht ist, ihren Viehstand auf die Kriegshöhe zu bringen, was in einzelnen dichtreichen Gegenden bereits zweifellos erreicht ist. Dazu kommen die gewaltigen Schwankungen des Geldwertes, denen sich der Landwirt ebenso wie jeder andere Vermögensstand nach Möglichkeit zu entziehen versucht. Die enorm hohen Preise für Agrarprodukte aller Art, die Entschuldung von Hypothekenlasten, die trotz aller Erhöhungen immer noch geringen Steuern, entheben ihn des ökonomischen Druckes, unter dem er in normalen Zeiten zum Verkauf seiner Produkte gezwungen war. Trotzdem würden fraglos Viele reichlicher Ware liefern, wenn sie nicht fürchten müßten, bei dem Verkauf gegen Pariermark Wertverluste zu erleiden. Denn die Pariermark entwertet sich unausgeleist. Die Viehhaltung ist also für den Landwirt in derselben Weise, wie die Aktien- und Rohstoffläufe der Industrie ein Mittel der Substanzentzehrung. Das Vieh entwertet sich nicht, sondern behält seinen Preis. Es ist jedoch verständlich, daß unter diesen Umständen der Viehzüchter Vieh zu verkaufen, sehr gering ist, besonders, nachdem die letzte Ernte genügend Futtermittel geliefert hat, um mit dieser Art der Erhaltung des Vermögensinhalts auch ohne wesentliche Kosten eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel herbeizuführen. Auf die Dauer würde das eine Verbesserung der Versorgung Deutschlands mit Milch, Fettten und Fleisch bedeuten. In der Übergangszeit jedoch muß die Zuchthaltung der Ware dadurch geleistet werden. Da aber für ein verarmtes Volk eine große Viehhaltung nur unter zeitweiligem Verzicht auf den Fleischgenuss aufrecht zu erhalten ist, da ferner die Vermehrung von Rindfleische und Kartoffeln bis zu hohem Grade eine wirtschaftliche Veränderung bedeutet, weil auf dem Wege durch den Dickmagen viele Nährstoffe verloren gehen, so muß unbedingt angestrebt werden, daß durch Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel dieser Anfang zu schnelliger Steigerung der Viehhaltung und zur Zuchthaltung des für den Markt reifen Viehs fortgesetzt. Auch diese Frage hängt also mit der Währungsfrage engster zusammen.

Güt die Kriegsopfer.

Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegsvertriebenen hat der Reichsregierung eine Reihe von Forderungen übergeben, in denen verlangt wird:

1. Erhöhung einer wertbeibehaltenden Rente; 2. die abgesehenen Empfänger einer Rente von 20 Prozent sollen durch die Gewährung eines Zusatzes für den Schaden entschädigt werden, den sie durch die vorjährige Auszahlung der Abfindungssumme erlitten haben; 3. die in der Beamtenbefördlung maßgebenden örtlichen Lebentragungsprämien sind zur Auszahlung zu bringen; 4. Versorgungsberechtigten im Auslande ist ein Rückfluss von Versteuergeschriften in der Währung des in Betracht kommenden Landes zu gewähren; 5. ausreichende Finanzierung der sozialen Fürsorge; 6. Erleichterung der Anholzung durch Kapitalisierung der Renten. Dabei soll die Lebentragungsprämie zur Zahlung der Abfindungssumme berücksichtigt werden; 7. Bau- und Siedlungsgenossenschaften sowie Arbeitgeberverbände des öffentlichen Rechts, die bei ihren Bauten Zugänge aus öffentlichen Mitteln erhalten, sind verpflichtet, einen nach dem Sichtbarnis vom Reichskommissar für Flüchtlinge festzulegenden Hunderttag der neuen Wohnungen für solche Kriegsteilnehmer bzw. Kriegsvertriebenen, die aus den abgetretenen Gebieten emigrierten sind. In der gleichen Weise ist für die Rentenempfänger Vorsorge zu treffen, die nicht mehr aus dem Ausland zurückkehren können, weil sie in Deutschland keine Wohnung finden; 8. den gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen, die auf Grund des § 1 des Reichssiedlungsgeges gebildet sind, ist ein Vermögenszuwachs zu zugeschenken. Ein Drittel seiner Mitglieder soll aus Besitzern der Siedlungsunternehmen bestehen, die von der Reichsorganisation vergleichbar werden. Der Verwaltungsrat einzelner führt die Auslegung und Übادة von Siedlungsstellen. Er ist verpflichtet, bei jenen Einzelbewegungen Kriegsteilnehmer und Kriegsvertriebene sowie betriebene Ansiedler besonders zu berücksichtigen.

Für den Fall, daß die Reichsregierung diejenigen Forderungen nicht umgehen und Reaktion fragen will, ist die foliente Unterstreichung des Reichsschäfthofes der Kriegsbeschädigten und Kriegsheimkehrervereins verfasst.

seis gegen Einsiedlung eines einzahligen Speisenbeitrages ver-
boten, eische Städte nach Deutschland geholt und derselben
eine freie Provinz erhalten habe, welche die wertvollsten Re-
sultate für unzählige Unternehmungen unter hohenden Wah-
rsagen der Gewandt und Weisheitstheorie zum besten gegeben.
Einer jener Gläubiger, der mit vielen kritischen Arbeiten zu-
tan hatte, riet ihm, auf der Schreibschule Lümpen zu lernen
und sich eine ewig gegen Ratschläge zu verschaffen. Ego
jagte begeisterten Lust vor diesen müßigen Wiss und sah schon
ein Wohlendes Held leichter Arbeit, des Gehagens und einer Renten
vor mir. Um möglichst lange heraus zu zieh er strahlend zu meidem
wie er ganz aufjor in den Besitz einer Schreibmühre gelangt
wodurch daher den Namen „Drei“ in jeder hinsicht verdiente. Es
gibt diese Geschichte ganz leicht: In der Schule habe er mit einem
jungen Freunden, seinem Nachbarn, einen freundhaftlicher
königlichen Schrift geschlagen, dem war seine fertere Laufbahn
ein Ende gelegt. Sektor fü ihm eingefallen, dass der Vater dieser
Kollegen ein Schreibmeisterzogtum betreibe. Gleich am Nach-
mittage habe er den Laden des zweiten Jungen aufgesucht und sich
ganz erstaunt in einem großen, prächtigem Geschäft befinden
Um die Frage nach dem jungen, in der alte Welt erschreckt in
der Künft, sein Sohn diese angeblichste beim Militär und
mit der Gegenfrage, was der Herr eigentlich mache. Ego er-
widerte, als man ihn denn gar nicht wiedererkennen. Nach langer
entzückender Betrachtung habe Seuer Herr fröhlig ausgerufen
„Ego de Name, beim allmächtigen Gott! Und was für ein
seiter junger Mann sind Sie geworden!“ Ziemlich und unter
länglinger Nachdennung des Sprechers, beffen sich der Göttliche
beklemmt, um Ego den Gang des Gespräches wieder. Was seiner
befehlen vorgebrachte Stunde soll möglichst glänziger Er-
weckung einer Schreibschule habe der Gelehrteinhaber gesagt
„Mein Sohn, ich weiß, du bist ein entzückender Mensch und es
könnte mich das gern hast“ — es war nun einmal seine Stun-
de, so er zerrisslich warb, um einen Geschäftszweck zu buzen, und
in der vergangenen Zeit — „was soll ich mit der Geschäfte machen
wenn du Gott hättest, kann du nicht zu mir zu einer Mühre
Der alte Welt kommt mein Sohn aus dem Sohn einer alten
Welt. So hat ja keinen kleinen Sohn gekannt, welch ein
Geschäft! Du sollst eine Mühre bekommen. Du kannst
nur eine abgehnzt, ohne sie zu befreien und sie gleich verfeind,
hast du sie noch aus der Mühre herabholen habe auslösen müssen.
Sie ist wie neu, du sollst sie haben. Du kennst hier gleich das
Möbelchen fern zu gehn und du je nur einen halb die Frau
heraus haben. Ich freue mich, dass du den alten Welt und meine
Sohn nicht vergegen hast. Gott es mir eincn gut, so schiff ich
mit die Mühre, wenn du willst. Es ist mir ein Vergnügen, um
du selbst deinen Sohn aus dem Leben erziehen zu können.“ In die

Die Zukunft der Außenhandelskontrolle.

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Vor-
läufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich am
Donnerstag mit der Frage des Abbaues der Ausfuhrabgabe
sowie der Umgestaltung der Außenhandelskontrolle.
Einstimmig wurde die unmittelbare Weiterleitung eines Ent-
schieds an die Reichsregierung beschlossen. Die Ausfuhr-
abgaben sollen nach dem Gutachten allgemein beseitigt
werden, ebenso die Preispräbung und damit jegliche Aus-
fuhrkontrolle für Fertigfabrikate. Mit Rohstoffen
und Halbfabrikaten jedoch nur soweit, als die Interessen der weiter-
verarbeitenden Industrien nicht geschädigt werden. Soweit infolge
des Abbaus Handelsstellen ihre Tätigkeit einstellen, soll die un-
biehbende Kontrolle sowohl hinsichtlich der Einfahrt wie auch der
Ausfahrt auf den Reichskommissar für Aus- und Einfahrtbewilli-
gung unter Mitwirkung der zuständigen Arbeitsausschüsse über-
tragen werden. Die Erhebung des Preisscheitertages soll durch
den Außenhandelsstellen abgenommen und durch das Markensystem
durchgeführt werden. Für die Außenhandelsausschüsse, in
denen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Konsumenten bisher zu-
sammenarbeiteten, schlägt der Ausschuss eine Umwandlung in Zwi-
schenausschüsse vor, die dem Reichswirtschaftsrat angegliedert werden.
Ihre Tätigkeit beschränkt sich nicht auf Fragen des Außenhandels,
Gegenüber den Behörden haben sie als Hochvertretung der zuständigen Wirtschaftsgebiete zu gelten. Die Arbeitsausschüsse
sollen nicht eher aufgelöst werden, bis die neue Regelung erfolgt ist.

Goldmarkt und Zuschlag in den Kohlen- und Stahlpreisen!

Angesichts der katastrophalen Marktentwertung haben die beiden wichtigsten Rohstoffindustrien, die Kohle- und die Stahlindustrie, vereinbart durch den Reichslohnverband und den Großen Ausschuß des Reichslohnenrates bzw. Deutschen Stahlbund, den Übergang zu Goldmarktpreisen vollzogen. Vom Deutschen Stahlbund ist ja bekannt, daß keine Papiermarktpreise wesentlich übersteigt waren. Von einer Revision der Kalkulation ist aber in den neuen Richtpreisen nichts enthalten. Ebenso liegt es bei der Umstellung in der Kohleindustrie. Hier liegt der Beschluß vor, daß am Freitag jeder Woche ein Goldmarktpreis festgestellt wird, der ab Montag gilt und der an jedem Tage der Woche auf Grund der amtlichen Devisennotierung in Papiermark umzurechnen ist. Bisher behauptet die Kohleindustrie so geholfen, daß sie einen Entwertungszuschlag von 26 Prozent nahm, weil die Zechen erst einige Tage nach Lieferung in den Besitz der Zahlungen kamen. Trotz der Einführung der Goldmarktpreise hält man aber an einem 15prozentigen Entwertungszuschlag fest, dazu kommt ein 20prozentiger Handelszuschlag. Dieser gilt für ein Zahlungsziel von sieben Tagen. Er verringert sich, um sofortige Zahlung zu erzwingen, pro Tag um 2 Prozent, so daß es, wenn sofortige Zahlung geleistet wird, bei dem alten Zuschlag von 6 Prozent bleibt. Die Goldpreise stellen den Schutz gegen die Entwertung dar. Deshalb ist es geradezu unverständlich, daß den Zechen dieser Zuschlag von 35 Prozent zu den Goldpreisen bewilligt wird, der nichts anderes als ein Geschenk an die Zechen darstellt.

Ginberufung des Reichstags nicht vor Ende September.

Agitationsbedürfnis geht bei den Deutschnationalen seit
in der gegenwärtigen schwierigen Lage über alles. Neuerdings
glaubten sic, wie wir gemeldet hatten, durch die Forderung einer
Einberufung des Reichstages Stimmenfang im Volke
treiben zu können. Der Leichteneaußzug beschäftigte
am Donnerstag mit diesem deutschnationalen Antrag. Im Ver-
lauf der Sitzung ließ die Regierung mitteilen, das von jedo-
denkenden Menschen nicht anders erwartet werden könnte,
die außen- und die finanzpolitischen Verhandlungen noch
fluk sind und eine abschließende Mitteilung, insbesondere über
die Außenpolitik, vorläufig im Interesse des Landes nicht ge-
werden kann. Dieser Auffassung trugen mit Ausnahme der Ko-
ministern und der Deutschnationalen sämtliche Parteien die
Reichstags Rechnung. Eine Einberufung des Pleiu-
ist daher nicht vor dem letzten September tagen
erwartet. Bis zu diesem Termine dürften die entsprechenden ge-
geberischen Maßnahmen der Regierung zur Vorlage kommen.

Was Feigner in Berlin erreicht hat.

Der sächsische Ministerpräsident wollte bekanntlich wenigen Tagen zu einer Besprechung mit der Reichsregierung Berlin, um den Konflikt mit dem Reichswehrministerium nach Möglichkeit auf friedliche Weise aus der Welt zu schaffen. Verlauf der mehrstündigen Besprechungen wurde vereinbart, zunächst dem Gesamtministerium die Angelegenheit zu unterbreiten. Das ist am Donnerstag geschehen. Die Regierung wird wahrscheinlich eine Erklärung veröffentlicht, in der sie jede Verbindung der Reichswehr mit illegalen Organisationen auf das Strengste untersagt und den Geheimbünden scharfen Kampf anordnet. Damit dürfte der Konflikt der sächsischen Regierung mit dem Reichswehrministerium vorläufig erledigt sein.

Geschäft kommen Leute genug, die Schreibereien vergeben wollen, so kann ich dir immer auch Arbeit verschaffen. Ein junger Mann braucht ja dies und jenes. Das verdient man sich dann, so klippern.“ Und so erhielt Egon das „Ideal“ wirklich auf seine schönen Augen hin, bewarb sich auch im Bureau um Bestellung und verdieb die schönsten Abschriften. Der ihm den guten Service ertheilt hatte, vertraute ihm ein Manuscript an, mußte aber lange auf die Kopie warten, die endlich recht schlenderhaft ungeschickt und als willkommene Abzahlung seiner Schuld diesen Gläubiger von Egon abgeliefert wurde. Weiteren Fragen von dieser Seite wußte er sich zu entziehen. Ueber sein Nebenerwerb wußte aber ein gewisser Unstern. Nach elenden Wochen des erobernen „Ideals“ schrieb er nämlich bereits gewandt, wie er erzählte, daß er bei der Arbeit eine Zigarette genießen könnte. Diese legte er einmal so ungeschickt beiseite, sie das Werk in Brand setzte, wobei edle Teile vorliegt und Samu Weiß mit einer ansehnlichen Reparatur beglüct wurde, welche er nicht ohne gerunzelte Stirne und ärgerliche Mahnmale übernahm, eine Schreibmaschine ist kein Kinderspiel. Nach weiteren Wochen zeigte sich Egon empört, man wolle ihn nun auch die Möglichkeit des Verdienens berauben, aber er werde sich das nicht gefallen lassen. Der Zimmerherr seiner Mama habe sich nämlich über das Geplimper beschwert und mit der Kündigung gedroht, wenn es nicht aufhöre. Egon versicherte indes, er wolle sich Tatenlosigkeit dieses Herren nicht fügen. Auf spätere Fragen, wie der Streit ausgegangen sei, sagte er gedankenvoll lachend: „wenn Sie wüßten, man kann ja nicht alles erzählen. Es wunderliche Dinge auf der Welt.“ Niemand drang nicht weiter in ihn, denn wenn die Sache so weit war, würde er sie schon erzählen. Ja der Tat kam er eines Tages bestürzt ins Bureau, Augen rollend, die Wangen glühend, den Mund weit offen, nahm den Welsmann, den eleganten Konzipisten beiseite und fragte ihn flüsternd um die bei Zweikämpfen üblichen Sitten und Bräuche, und ob ihm der Herr Doctor gegebenenfalls beizustehen gehabt hätte. Der Konzipist machte ihm allerhand Ausführungen, aus denen er die nötigen theoretischen Kenntnisse erlangte: Das Duell, Der Ehrenkodex, Der Kampf von Ehre, Leben der Waffenhändel, oder wie diese ansehnlichen und gefährlichen Männer hießen, aus denen man sich zum perfektesten

Glücklicherweise schien am nächsten Tag die See wieder vollkommen beigelegt. Egon leichtete von Genugtuung offenbar hatte sich das Unwetter verügt, und er stand tapferer Stank ohne Probe da.

(Fortsetzung folgt.)

Bie der Landbund zum Bürgerkrieg rüstet.

Die Landbünde firmieren als gänzlich „unpolitische“ Vereinigungen, wofür ein „streng vertrauliches“ Rundschreiben des Reichslandbundes Schwibus ein Beweis ist. Darin wird genau angegeben, wie der Bürgerkrieg zu organisieren ist.

Das Rundschreiben stellt fest, dass in den Städten wegen der Teuerung und des Warenmangels eine „verweilte Stimmung“ herrscht. Es wird bezwiesen, dass die Regierung der daraus sich entwidelnden Lage Herr wird, und schließlich wird festgestellt, dass die „Dinge zwangsläufig zum Bürgerkrieg“ treiben.

Es folgen genaue Anweisungen, wie die Bauern den Bürgerkrieg zu organisieren haben. Es heißt da u. a.: „Alles Dörfer und Güter richten sofort den schon oft besprochenen Aufschuss ein. Mit den Nachbordörfern ist hierin zu koordinieren.“

Jedes Dorf weiß, von welcher Seite ihm die Gefahr droht. In dieser Richtung ist die Verteidigung vor das Dorf zu verlegen. Straßen und besondere Punkte müssen gesichert werden. Mit den Nachbordörfern ist dauernd Führung zu halten durch Meldebeamter oder Radfaher. Hierzu bestimmte Leute auszubilden und Verabredung mit dem Nachbordorf.

Alles, was an Waffen im Dorf und auf dem Gut ist (Feldgeschütze), muss herausgeholt werden. Die Waffen sofort nachholen!

Unsichere Leute im Dorfe (Haber) sind sofort bei beginnenden Unruhen festzusetzen (als Geiseln). Diese Leute müssen vorher bestimmt und auch diesen von uns bestimmt sein, die die Leute festnehmen. Es ist dies eine besonders wichtige Maßnahm.

Es muss verhindert werden, dass die Landarbeiterchaft ebenfalls zur Dorfverteidigung heranziehen, denn auch deren Eigentum und Existenz ist durch die Kommunistenhanden aus der Stadt (Industriearbeiter) gefährdet. Also in dieser Frage vorsichtig an die Leute heranzutragen!

Tritt im Dorfe sofort eine energische Bauerngarde auf, die nicht mit sich spazieren läuft, so finden sich schnell wahrschafsfreie und die ordentlichen Arbeiter hinzutreten.

Im Dorfe sieht die Sache folgendermaßen aus: Kommen Karm Nachrichten (Stichwort: Bauer sucht Frau), so bleiben alle guten Leute, Frauen und Kinder auf dem Hofe,

Die Bauern, Böttcher und weberfähigen Söhne sammeln sich auf dem Dorfplatz. Waffenverteilung. Von einer Dorfpartei werden alle weberfähigen Männer einschließlich Arbeit aufgefordert an der Verteidigung des Dorfes teilzunehmen. Wer nicht mitmachen will, wird als untauglicher festgestellt. (Schuhe, Speicher, Bewachung davor!)

Die Bauern müssen also zunächst das Regiment im Dorfstrafe in die Hand nehmen. Ein oder mehrere energische Männer (ältere Soldaten) übernehmen die Führung. Rücksichtsloser Gebrauch der Waffen stiftet am schnellsten Ruhe. Mit Würdigung wird weiter gearbeitet. Wohlgemeint, wir handeln als die Angreifenden in der Verteidigung! Die Dinge werden sich proaktiv so abspielen, dass bis zum Eintreffen von Ordnungstruppen die Dörfer sich eine Zeitlang selber helfen und halten müssen. Darum verfüme es seit Tote, schenkt jedem Dorfjäger zu organisieren zum Schutz seiner gesamten Einwohnerheit!

Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, dass derartige Anweisungen nicht nur im Kreise Schwibus erlangen sind. Sie bestätigen aus diesen klaren Beweisen für die Rüstung der Reaktion wird jeder Massenbewusste Proletarier jetzt ziehen können.

Die wachsende Arbeitslosigkeit.

Bei den Arbeitsmarktbewegungen des Reichstages über die Lage der Erwerbslosenfrage ergab sich, dass die Zahl der Erwerbslosen von 1.000.000 am 1. Juli auf 300.000 am 1. September gesunken ist, und dass eine weitere gesetzliche Einsparung in Aussicht steht. In Sachsen eben Bekanntgabe die Hälfte aller Betriebe bisgelegt werden. Die Gesamtangaben des Reiches für die Arbeitslosenfürsorge sind in dieser Woche bereits auf sechs Millionen angestiegen. Die Regierung soll erneut werden, eine produktive Arbeitslosenfürsorge schnell und notdürftig zu fördern und der Stilllegung von Betrieben entgegenzuwirken.

Neue Schulgeldregelung.

Einführung der Schlüsselzahl — Rücksicht auf die soziale Lage.

Der Minister für Volksbildung schreibt: „Der Schulzettel an höheren Schulen ab 1. Oktober d. J. neu gestaltet. Die Kosten für die höheren Schulen sind deutlich gesunken, dass um auch nur einen geringen Teil des Aufwandes zu bedenken, den der einzelne Schüler verursacht, eine wesentliche Schulgeldförderung nicht zu vernehmen war. Das Schulgeld wird fünfzig monatlich gezahlt. Für Oktober beträgt es 8 Millionen Mark. Weiterhin regelt es sich nach einer monatlich schwankenden Schlüsselzahl, die dem Verhältnis der Beamtenehälften der Beamten entspricht. Diese Erhöhung wird begleitet und erträglich gemacht durch wichtige Maßnahmen zu Gunsten der wirtschaftlich schwachen. Zur Entlastung kinderreicher Familien ist — am ersten Male für alle preußischen höheren Schulen — vorgesehen, dass das Schulgeld für das zweite Kind um 10, für das dritte um 20 d. H. erhöht wird, weitere Kinder derselben Familie sind Schulgeldfrei; dabei werden mitgerechnet alle Kinder, die eine Schule, auch eine Hochschule, besuchen. Andernfalls wird erwartet, dass Eltern in bestehender günstiger Vermögenslage vor deren Erhöhung keinen Gebrauch machen. Daneben stehen 15 a. H. der Schulgeldentnahmen für Kreisstellen und Schulzulassungen für volldidige unbemittelte Schüler zur Verfügung.“

Außerdem besagt eine neue Bestimmung, dass weitere 1% Prozent des Schulgeldes in eine besondere Kasse zur Förderung minderbemittelten Schülern fließen; es sollen besonders hilfsbedürftige Schüler eingerichtet werden, aus denen besitztigen Schulen abzuziehen werden; daneben können aus dieser Summe in besonderen Ausnahmefällen Erziehungsbeiträge gegeben werden, die bevorzugt begrenzt, minderbemittelten Schülern das Verbessern auf der höheren Schule ermöglichen. Für diese Zwecke werden rund zwei Millionen Mark in jeder Schule zur Verfügung stehen. Die höchstdidigen höheren Schulen dürfen ein Schulgeld bis zur Grenze der staatlichen Säfte erledigen, müssen aber mindestens die gleichen sozialen Vergünstigungen gewähren wie die Staatschulen.

Im Zusammenhang mit der neuen Schulgeldregelung sollen schließlich an einzelne hervorragende Schüler und Schülerinnen die Prämien verteilt werden, die das Reich für Erziehungsbehelfen im Sinne des Art. 146 Abs. 3 der Reichsverfassung bereitstellt hat und die durch einen kleinen Betrag aus preußischen Staatsmitteln verstärkt worden sind. Die Direktoren sind zu Verteilungen aufgefordert.

100-Millionen-Rote.

Dem „Berliner Tageblatt“ aufzufolge werden in der nächsten Siedlung über 100 Millionen Mark in den Verkehr gegeben werden. Die Note, die aus weitem Papier besteht, ist auf einer Seite bedruckt.

Gewerkschaftsbewegung.

Industrielle Steuerabschaffung.

Die Wahlstelle Bremen des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands überweist uns die Abfertigung des Schreibens einer Papierfabrik an die Belegschaft eines Betriebes, darin sich zwar keine Neigkeiten finden, dass wir aber doch der Daseinsnotwendigkeit zugänglich machen wollen, da es wieder einmal die Unternehmer willkür sehr deutlich zum Ausdruck bringt. Das Schreiben lautet:

Niederleser, Kreis Sprottau, Bahnhofstation, den 22. August 1923.

Nach Rückfrage mit dem Betriebsrat schlägt ich vor:

Der in vorheriger Woche vom 13. bis 19. 8. 1923 gültige Tarif, laut welchem „M 194 000“ — dem ungelerten Wert über 21 Jahre je Stunde geahnt wird, bleibt bis auf weiteres bestehen. Wenn die Belegschaft mit diesem Vorschlag einverstanden ist, bin ich in der Lage, mit eingeschranktem Betrieb, und zwar 3 Tage je Woche, einige Zeit weiter zu arbeiten; vorausgesetzt, dass nicht unvorhergesehene Frachten und Kohlenpreiserhöhungen oder staatliche Steuermahnungen eintreten, die auch auf dieser Basis den Betrieb unmöglich machen.

Falls mein Vorschlag abgelehnt wird, sage ich mich gezwungen, die Fabrikation bis auf weiteres abzubrechen.

Stalling & Jiem.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Durch vorstehendes Schreiben kommt in seinem ersten Teil zum Ausdruck, dass, wenn die Arbeiter weit unter der Hälfte des tarifmäßigen Lohnes arbeiten, sie den Reichsamt der Unternehmer vernehmen zu lassen, für würdig befunden werden. Dass aber aller gute Wille dieser Unternehmer, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen, vom Steuerbeamten abhängig ist. Gute Patrioten — — —



Die dritte Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes

wird am 17. September in Magdeburg eröffnet werden. Der vorliegende Geschäftsbereich erfasst sich über die Zeit von 1920 bis 1923. Bei Kriegsende zählte der Verband 8000 Mitglieder, 1919: 624 000 und 1920 sogar 680 000. Ende 1922 betrug die Mitgliederzahl 499 107. Der Verlust gegenüber 1919 beläuft sich auf rund 120 000. Die Verbandskasse hat für die Zeit von 1920 bis 1922 rund 620 Millionen Mark an Einnahmen und rund 580 Millionen an Ausgaben zu verzeichnen. Im Jahre 1922 wurden 1820 Rohstoffbewegungen geführt. In 58 Fällen mit rund 5500 Betrieben kam es auf Arbeitszeitverkürzung. Für 150 000 Personen wurde eine Arbeitszeitverkürzung von mehr als 40 000 Wochenstunden erzielt. Ohne Arbeitszeitverkürzung erreichte man eine Rohstoffförderung für 2 1/2 Millionen direkt beteiligte Personen von rund 8 1/2 Milliarden Mark. Der Geschäftsbereich betont, dass die Erfolge des Verbandes besser sein könnten, wenn nicht die Teilnahme eines weiteren Kreises der Landarbeiterchaft an der Eröffnung einer ihrer Interessen wahrnehmenden freigewerkschaftlichen Landarbeiterorganisation ein großes Hindernis wäre.

Die endgültige Lohnabschaffung für die Reichsarbeiter wurde auf 825 festgesetzt.

Der Streit in der Haynaer Papierfabrik ist beendet. Die Verhandlungen führten zu einer Einigung. Die Differenzen über die Lohnabzahlung für die bisherige Lage wurden durch Nachzahlung beigelegt.

Die Lehrverhältnisse im Metallgewerbe.

Der Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Die Lehrlings- und Elternversammlung am 3. September hat einen großen Widerhall in allen interessierten Kreisen hervorgerufen. In den Kreisen der Handwerksmeister kann man sich dem Branche der Lehrverhältnisse nicht mehr entgegensetzen. Man sieht sich veranlasst, den Ernst der Lage zu verstehen, und beschäftigt sich lebhaft mit der Frage. Das dabei stark interessierte Betriebe noch Widerstände bieten, ist nach der geistigen Einstellung der Betriebsleiter verständlich. In den Kreisen der Eltern beachtet und berücksichtigt man die Verhandlung äußerst günstig, was zahlreiche Zuschriften an uns beweisen. Eine solche Zuschrift wünscht uns:

„Mit Genehmigung habe ich in der Versammlung die Ausführungen des Referenten gehört, der in saglicher Weise die ungeheure Not der Lehrverhältnisse im Metallgewerbe aufwies. Da ich durch den großen Andrang der Debattredner nicht zu Wort kam, auch meinen Beitrag über die Ausweitung der Lehrlinge durch die Meister befannt zu geben, will ich dies höchst nachdrücklich und würde es mich freuen, wenn Sie ebenfalls davon Gebrauch machen. Mein Sohn ist das zweite Kind bei dem Handwerksmeister K. in der Feldstraße mit 21 anderen Lehrlingen bei vierzehn erwachsenen Arbeitern tätig. Wenn ich im Abschluss des Lehrvertrages so über die Lehrverhältnisse im Metallgewerbe unterrichtet gewesen wäre, wie ich es heute bin, so hätte ich meinen Sohn nicht in eine solche Lehrlinie gegeben. Am 31. August erhielt der Junge an Kosten der Firma eine Schuldenabfindung für die ganze 180 Stunden Arbeit 1200 Mark, wovon ihm für Kosten und Invalideversicherung 780 Mark abgezogen wurden, so dass er 420 Mark ausgezahlt erhielt. Kann man so einen lächerlichen Betrag noch eine Kostenbelastung nennen? Schaut sich ein Lehrmeister nicht, einem Lehrling dieses Geld in die Hand zu geben? Man ist ja bereit, für seine Kinder alles zu opfern, damit diese tüchtige Menschen werden sollen und dem Vaterland das werden und geben, was uns bisher versagt wurde. Aber bei solch einer Ausdeutung wird mir das unmöglich. Der Junge verliest die Lust an Denken und wenn die Jugend trotz aller guten Leisten und Mahnungen auf Worte gerät, wundern sich viele Eltern, und die Lehrmeister schimpfen über die Verschodung der Jugend. Es ist eine himmelschreieende Sünde, die von den Handwerksmeistern an der heutigen Jugend verübt wird. Ich wünsche nur, dass alle

Eltern den Appell des Referenten befolgen und ihre Söhne dem Deutschen Metallarbeiterverbande zu führen, denn nur eine gute gewerkschaftliche Organisation der Lehrlinge kann hier helfen.“

So weit die Zeitschrift des Vaters, der wir uns in seiner Schlußfolgerung nur anschließen und der offiziellen Beachtung empfehlen. Den Meistern und Lehrherren über möchten wir empfehlen, hier bald den gerechten Wünschen der Gewerkschaft Rechnung zu tragen und eine faire Regelung der Lehrverhältnisse herzustellen. Alle Behörden aber erlauben wir dringend, der Regelung der Lehrlingsfrage ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen. Hand anzulegen zur Verbesserung der Lehrverhältnisse, bevor die Jugend noch mehr im Elend und der Unterkultur verfällt. Ein Volk, das für seine heranwachsende Generation nicht sorgt und ihm die Wege zum Aufstieg abnet, ist verloren und hat die Zeit nicht verstanden. Wenn also die Lehrherren und Meister dies nicht verstehen, so sollten sich über die Behörden dieser Pflicht bewusst sein.

Als Schlesien.

Teuerungsunruhen in Beuthen.

Das Wollbürokrat medet: Infanterie der außerordentlichen Preissteigerung, die sich fast von Stunde zu Stunde auswirkt, rufen Donnerstag mittag Demonstrationen der weitägigen Bevölkerung statt. Verschiedene Kaufleute wurden von der Menge gezwungen, die Waren zu bedeutend herabgesetzten Preisen abzugeben. Bereitgestellte wurden auch Waren ohne Bezahlung weggenommen. Die Polizei konnte die Menge vorübergehend wiederherstellen. In den Nachmittagsstunden nahmen die Demonstrationen einen größeren Umfang an. Die Menge drang an verschiedene Stellen der Stadt in Geschäfte ein und versuchte zu plündern. Hierbei wurden auch Schäfer und Viehberger verletzt. Einige Kopftiere wurden schwer verletzt, so dass an seinem Aufkommen geweckt wird. Zwei weitere Personen erlitten leichtere Verletzungen. Hieran wurden die Straßen abgeriegelt und die Demonstranten in die Nebenstraßen abgedrangt. Einige Personen wurden verhaftet. Unter der Bevölkerung herrschte großer Eindruck. Warerwagen durchzogen die Stadt. Kurz vor 7 Uhr fielen erneut viele Schüsse im Stadtzentrum.

Von 8 Uhr ebenso wird gemeldet: Die Stadt ist leicht ruhig, nachdem die Hauptstraßen durch blinde Schalldächer von den Demonstranten gesäubert und die in die Nebenstraßen abgedrangt worden sind. Bereitschaftlich wurden noch im Laufe des Abends Schäfer und Viehberger eingeschlagen; zu Plünderungen kam es aber nicht. Auch mehrere Verhaftungen wurden noch vorgenommen. Der private Telephonverkehr ist gesperrt worden.

Die Preise im Riesengebirge.

Seit Mittwoch kostet nach der „Breslauer Zeitung“ in den Gastwirtschaften: eine Tasse Kaffee 800 000, eine Tasse Bohnenkaffee 1½ Millionen, eine Tasse Schokolade oder Kakao 1 000 000, ein Glas Tee 1½, ein Glas Cognac von Rum, Arrak oder Kognak 3 Millionen, ein kleiner Goldbier 400 000, ein großer 800 000, ein kleiner Bier 750 000, ein großer 1½ Millionen, ein Schoppen Bier, doppel 1 400 000, ein Schnitt 1 Million, ein Schoppen Bier, doppel 1 800 000, ein Schnitt 1 400 000, eine Biere bei den Schoppen 1 900 000, ein Schnitt 1½ Millionen, ein Glas Jäger 700 000, eine Flasche Cola 500 000, eine Partie Bratwurst 100 000, eine Portion Bratkartoffeln 1½ Millionen Mark. Das Logis wird berechnet ohne Prozente und Steuern in Hotels 7, 6 und 5 Millionen, im Gasthofen 4 Millionen.

Königsfeld. Der Schauplatz eines blutigen Drama's, das ein Kampfesleben forderte, war der nahe Thüringer Wald. Dort traf der bei der Wartburg verdeckt im Dienst stehende Postleute Kölle die Thüringerfrau Bögner aus Herda beim Holzammeln. Der Ehemann, der sich in letzter Zeit mehrfach unerhört Überzeugungen gegen harmlose Waldbeute erlaubt hatte, ging sofort auf die Frau los und schlug auf sie ein. Als der in der Nähe befindliche Mann der Bedrohten hinzukam und dagegenstand, wurde er von dem Ehemann niedergeschlagen. Der Bedrohte wurde bald darauf von dem Landjäger verhaftet, doch die Ehe wurde erst nach dem Prozessurteil erledigt. Er trug erhebliche Verletzungen davon, ehe er in das Gefangenengängnis in Stiebau eingesperrt werden konnte.

Waldenburg. Im Schlammburg, dem eine Frau und ein Kind zum Opfer fielen, ereignete sich an der Schlammholze des Bahnliniens. Obwohl das Schlammholz dort verboten ist, zwingt doch wie die Not, das Schlamm als Ersatz für Kohle von dort zu holen. Die Witwe Neumann wurde von dem Schlammburg, als sie löste, verschüttet und konnte erst nach zweistündiger Arbeit als Leiche geborgen werden. Glücklicher kam die über 60 Jahre alte Witwe Wuttke davon, die ebenfalls verschüttet war, die man jedoch aus ihrer unglücklichen Lage befreien konnte. Trotzdem trug sie einen Armbruch und eine Beinverstauchung davon. Weil es bereits dunkel war, hatte man nicht gesehen, dass noch ein Mädchen im Alter von 10 bis 12 Jahren verschüttet worden war. Man begann den Schlamm hinwegzuräumen und fand das Mädchen als Leiche vor.

Neisse. Die Freie Volksbühne holt eine Verwaltungsmittelgliedertisch ab, in der zu der vom Magistrat der Stadt Neisse als notwendig erachteten Vergrößerung des Reichstheater Stellung genommen wurde. Die Anregung hierzu ist seitens des Ministeriums erfolgt. Wenn durch die Vergrößerung die Gemeinnützigkeit des Unternehmens nachgewiesen ist, besteht die Ansicht, Staatszuschüsse in Höhe von etwa 5 Millionen Mark bereits für das erste Jahr zu erhalten. Die gründende Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht würde die aus dem Magistrat der Stadt Neisse und den beiden hierigen Besucher-Organisationen mit der Theater-Deputation als Ausstellungsstätte bestehen, der durch zwei oder drei Mitglieder von jeder der beiden Organisationen zu ergänzen wäre. Der Beitritt zu der Genossenschaft wurde unter der Bedingung der Partizipation und es soll die gleiche Summe gezahlt werden, wie seitens des Bühnenbaus. Als Vertreter der Freien Volksbühne im Auftritt soll die Verwaltungsmittelgliedertisch Neisse, Straßburg und Breslau in Breslau gebracht werden. Die Bühnenpreise für die neue Saison sind durch Vereinbarung mit Direktor Thiede auf 50 Prozent beim Schauspiel und Lustspiel und 60 Prozent bei Oper und Operette der jetzigen Tagespreise festgelegt worden. Als erste Vorstellung der Freien Volksbühne wird am 29. September „Hamlet“ von William Shakespeare gegeben. Am 24. September soll im großen Stadthaussaal ein Verlobungs- und Propagandaabend mit mäßigem Eintrittspreis stattfinden, für den die Münzung des neuen Schauspiels, Opern- und Operettensammlungs bereits gezeigt ist. Der einleitende Vorhang wird der Leiter der Volksbildungssammlung der Provinz Schlesien, Eggers-Breslau, halten. Das Programm der Freien Volksbühne für dieses Jahr wurde bekannt gegeben und genehmigt, sowie die Umarbeitung für alte Mitgliedsstücke auf 50 000 Mark und das Eintrittsgeld für neue Mitglieder auf 200 000 Mark festgelegt. Man verhandelt daran noch über die Vertragsfrist, Programme, Bühnenauslösung usw.

Hadersburg. Am 1. August ist der Gemeinderat des Gemeindemeisters Bürgermeister a. D. Scherbold, der von der Regierung zum kommunalen Bürgermeister von Hadersburg ernannt wurde, mit seinem Dienst eingetreten. Man rechnet mit einer dreimonatigen Vertretungsdauer.

Freitag, den 14. September 1923

Beilage zur Volkswacht

Freitag, den 14. September 1923

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 14. September.

Bereinigte Sozialdemokratische Partei.

Heute abend 8 Uhr:

Beamten-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, großer Saal. Reichstagsabgeordneter Oberpräsident Max Seppel spricht über das hochaktuelle Thema: "Das Beamten-Abbaugesetz".

Frauen!

Montag, den 17. September, finden wiederum in allen Stadtteilen unsere **Frauen-Versammlungen**

gelt. In jeder dieser Versammlungen wird ein zeitgemäßer, für die Frauen besonders interessanter Vortrag gehalten werden. Es ist dann notwendig, daß alle Leser und Leserinnen der "Volkswacht" vorall auf diese wichtigen Versammlungen aufmerksam machen. Gerade die Frauen, die unter den verzweifelten Verhältnissen von heute im engen Raum ihres Hauses stumpfsinnig zu werden drohen, müssen so oft als möglich hinaus in Versammlungen, um unter ihresgleichen sich zu informieren und für den schweren Kampf zu wagen. Deshalb darf wohl erwartet werden, daß auch am Montag für alle Frauen die Rolle ist, in alle Versammlungen zu gehen. Jede Parteigenossin, jede Leserin der "Volkswacht" bringe aus ihrem Hause noch einige heiße Freuden mit. Untenstehende erscheinen bei den Versammlungen nicht, a auch, soweit die Versammlungen im Lokal sind, nirgends Eintrittspreis ist. Lokale und alles Nähere wird in der morgigen Numme der Zeitung veröffentlicht.

Außerordentliche Distriktsversammlung. Der Distrikt 7 veranstaltet am Montag, den 17. September, eine außerordentliche Distriktsversammlung. In derselben spricht Genosse Eastein über: "Das Gebot der Stunde". Versammlungslokal: Weiße, Berliner Straße 58.

Distrikt 12. Laut Mitgliederbeschluss beträgt der Distriktsbeitrag von nun an 50 000 Mark.

Wie berechnet man die gesetzliche Miete in Breslau ab 1. September?

Es ist unter Vermietern und Mietern oft die auffällige Erwähnung wahrzunehmen, daß die errechneten Mietebeträge nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

Man beachte folgendes: Von der Friedensmiete vom 1. Juli 1914 sind abzuziehen: 1.-20 v. H. für die in der Friedensmiete enthalten gewesenen Betriebs- und Unterhaltskosten; 2. 9 v. H. in Häusern mit Sammelheizung; 3 v. H. in Häusern mit Warmwasserförderung; 4. 2 v. H. für Bedienung der Sammelheizung; 5. 1 v. H. für Treppenhaus- und Flurbelichtung, wenn die Kosten hierfür in der Friedensmiete enthalten waren; 6. 3 v. H. für Fahrtkostenbelastung; 6. im Einzelfalle die tatsächlich in der Kriegszeit entstandenen Kosten für Bereitstellung von Wasserkraft, Elektrizität, Dampf, Spiegelglasförderung, wenn sie dem einzelnen Mieter zugute kommen.

Waren Beträge für Treppenbereinigung, Schornsteinfegerzard, Wagnerzard und Treppenbelichtung in der Friedensmiete vom 1. Juli 1914 nicht enthalten, wurden vielmehr diese Nebenkosten vom Mieter neben der Miete gesondert gezahlt, oder wenn die Treppenbereinigung vom Mieter besorgt, so sind die bezahlten oder angemessenen Beträge der Friedensmiete vom 1. Juli 1914 zunächst hinzuzurechnen und von der so ermittelten Miete die Abzüge zu 1 bis 6 zu machen.

Zu der so errechneten Grundmiete treten ab 1. September folgende Zuschläge:

1. 10 vom Hundert der Grundmiete für Steigerung der Zinsen;
2. 300 000 vom Hundert bei Grundstücken bis zu 8 Wohnungen;
3. 300 000 vom Hundert bei Grundstücken bis zu 16 Wohnungen;
4. 300 000 vom Hundert bei Grundstücken von mehr als 16 Wohnungen für Verwaltungskosten;
5. Der Zuschlag für Geschäfts-, Büro- und Industriehäuser, die vom Magistrat im einzelnen zu bezeichnen sind, beträgt 400 000 vom Hundert.

Betriebskosten, wie Grund- und Gebäudesteuer, Müllabfuhr, Wassergeld, Kosten der Reitendortigung, Kosten des Hausmeisters und die Kosten der Haus- und Straßenbereinigung sowie

Nach dem Gesetz vom 14. Juli 1923 und den auf Grund dieses Gesetzes ergangenen Verordnungen des Reichsarbeitsministers sind 44 Lohnklassen eingerichtet, von denen vom 3. September ab die Lohnklassen 1-23 und 25-35 nicht mehr zur Anwendung gelangen. Die Lohnklassen 41-44 treten am 17. September 1923 in Kraft.

Die Lohnklasse 24 mit einem Wochenbeitrag von 17 000 Mk kommt nur für Personen unter 18 Jahren und für Lehrlinge, sofern ihr monatlicher Arbeitsverdienst 4320 000 Mark (einfach. Kost usw.) nicht übersteigt, in Frage.

Für alle übrigen Personen sind dennoch zu verwenden:

bei täglicher Lohnzahlung bei einem täglichen Verdienst	bei wöchentlicher Lohnzahlung bei einem wöchentlichen Verdienst	bei monatlicher Lohnzahlung bei einem monatlichen Verdienst	bei einem Jahresverdienst	Beitragsmarken der Klasse	zu Mark
vom 3. September 1923 ab:					
bis zu . . . 1 440 000 Mk.	bis zu . . . 8 807 692 Mk.	bis zu . . . 36 Mill. Mk.	bis zu . . . 482 Mill. Mk.	36	140 000
" " . . . 2 400 000 "	" " . . . 13 846 153 "	" " . . . 60 "	" " . . . 720 "	37	200 000
" " . . . 3 600 000 "	" " . . . 20 769 230 "	" " . . . 90 "	" " . . . 1080 "	38	320 000
" " . . . 4 800 000 "	" " . . . 27 692 307 "	" " . . . 120 "	" " . . . 1440 "	39	440 000
von " mehr als 4 800 000 "	von " mehr als 27 692 307 "	von " mehr als 120 "	von " mehr als 1440 "	40	570 000
vom 17. September 1923 ab:					
bis zu . . . 4 800 000 Mk.	bis zu . . . 27 692 307 "	bis zu . . . 120 "	bis zu . . . 1440 "	40	570 000
" " . . . 6 000 000 "	" " . . . 34 615 384 "	" " . . . 150 "	bis zu . . . 1800 "	41	740 000
" " . . . 8 000 000 "	" " . . . 46 153 846 "	" " . . . 200 "	" " . . . 2400 "	42	1 060 000
" " . . . 12 000 000 "	" " . . . 69 230 769 "	" " . . . 300 "	" " . . . 3600 "	43	1 480 000
" " . . . 16 000 000 "	" " . . . 92 307 692 "	" " . . . 400 "	" " . . . 4800 "	44	1 900 000
von " mehr als 16 000 000 "	von " mehr als 92 307 692 "	von " mehr als 400 "	von " mehr als 4800 "		

Trinkgelder, Provisionen, Gewinnanteile, Sachbezüge (Kost, Wohnung, Deputat usw.) gelten als Lohn und sind dem Brutto zu zuzählen.

Der Wert der Sachbezüge (Kost, Wohnung, Deputat usw.) ist hierbei nach dem von dem Versicherungsamt des Beschäftigungs-orts allgemein festgestellten Vertrag in Ansatz zu bringen.

Die früheren Lohnklassen 1-35 sind vom 3. September 1923 ab außer Kraft gesetzt. Soweit noch Beiträge für die Zeit vor dem 3. September 1923 rückständig sind, muß die jetzt geltende niedrigste Lohnklasse 36 verwendet werden.

Treppenhaus- und Flurbelichtung usw. werden durch Umlage erhoben.

Ist die Treppen- und Flurbelichtung an die Meister des Hausesgebiets angehlossen, ist in der Zeit vom 1. April bis 30. September 54 000 vom Hundert, vom 1. Oktober bis 31. März 284 000 vom Hundert Betriebsförderzuschlag zu zahlen.

Für laufende Instandsetzungskosten ist ein Zuschlag ab 1. September von 1 800 000 vom Hundert zu zahlen, für Geschäfts- und Büroräume 2 250 000 vom Hundert. Der Zuschlag darf für laufende Instandsetzungsarbeiten nicht 600 000 vom Hundert übersteigen, bei großen Instandsetzungsarbeiten nicht über 1 200 000 vom Hundert.

Wir lassen ein Beispiel der Berechnung einer Wohnung zum Friedensmietpreise von 40 Mark monatlich folgen:

Friedensmiete	40,- Mk.
Dazu Treppenbereinigungskosten pro Monat	2,- Mk.
Summe	42,- Mk.
ab 20 vom Hundert	8,40 Mk.
ab 1 vom Hundert Flurbelichtung	0,42 Mk.
Grundmiete	33,18 Mk.
Dazu 300 000 vom Hundert Zuschlag für Flur- belichtungskosten	33,18 Mk.
Dazu 1 800 000 vom Hundert für laufende Instandhaltungskosten	397,240 Mk. 639,420,- Mk.
Gleichlange Miete 630,453,18 Mk.	

Dazu treten noch Betriebskosten, welche in der Umfrage festgestellt sind.

Werden für laufende Instandsetzungsarbeiten oder große Instandhaltungsarbeiten größere Ausgaben gemacht, so darf der Zuschlag hierfür 600 000 vom Hundert 1 200 000 vom Hundert der Grundmiete nicht übersteigen.

Als Betriebsförderzuschlag soll nach der neuen Ausführungsbestimmung zum Reichsmietengesetz vom 4. August 1923 nach Absatz 18 höchstens vier Zehntel der im letzten Monat oder Vierteljahr entstandenen Betriebskosten gezahlt werden. A. P.

Ein Zentner Kohle 32 760 000 Mark.

Wie erst heute bekannt geworden ist, haben die Preise für die Kohlen aus den polnischen Gruben rückwärts ab 11. September 1923 eine Erhöhung erfahren, wie sie nicht annähernd erwartet werden konnte. 1 Zentner polnische Kohle kostet jetzt frei Breslau, also ohne Hinzurechnung irgend welcher Aufgaben, wie Ueberladen, Zufuhr zum Lager, Umtaxtneuer, Händlerverdienst und dergl., rund 40 Millionen Mark. Wenn trotzdem der im Anzeigenteil veröffentlichte Höchstpreis für Kohlen nur auf 32 Millionen Mark festgesetzt worden ist, so geschieht dies im Hinblick auf die erwähnten vorhandenen Lagerbestände sowie in der Erwartung, daß die Eingänge aus den deutschen Gruben, die billiger sind, eine Steigerung erzielen werden. Sollten die Erwartungen in dieser Hinsicht nicht erfüllt werden und die hinzutigen Bemühungen um deutsche Kohle nicht den gewünschten Erfolg haben, so wird es unvermeidlich sein, schon in nächster Zeit weitere Erhöhungen der Kleinhandelspreise vorzunehmen.

Eine Liebesirrung Dostojewskis.

Eine bittere Erfahrung machte Fedor Dostojewski mit einem jungen Mädchen namens Paula N., die nach der Beziehung der Tochter und Biographie des großen russischen Dichters, die englische Beraterin jener „ewigen Studentin“ war, wie sie in Russland genannt wurde. Sie war aus der Provinz nach Petersburg gekommen, wo sie, da ihre Eltern reich waren und sie mit Männern ausgiebig unterhielten, ihre Neigungen frei nachzuhören konnte. Sie begleitete regelmäßig Vorlesungen, machte über lange Grammatik und beschäftigte sich auch niemals mit ernsten wissenschaftlichen Arbeiten. Tatsächlich war sie eine fleißige Schülerin der Universität, wo sie mit allen Komilitonen fechtete. Sie fand die Studenten auf ihrer Bude, störte sie bei der Arbeit, machte sie zu Repaten auf und nahm selbst an allen Demonstrationen teil, wobei sie mit einer roten Fahne in der Hand den Zug der Studenten vorausritt. Paula wurde wiederholt auch von der Polizei aufgegriffen und verbrachte mehr als eine Nacht auf der Polizeiwache. Aber wenn sie dann nach der Universität zurückkam, wurde sie als Märtherin gefeiert und von den Studenten auf den Schultern herumgetragen. Es war damals die klassische Zeit der freien Liebe. Paula machte die Mode mit und ging von der Hand eines Studenten in die eines anderen über, kurz, sie zählte sich als Bekanntester in und war stolz in dem Bewußtsein, als solcher der europäischen Zivilisation Dienste zu leisten. Dostojewski, der keine Ahnung von dem Leben und ihrer Vergangenheit hatte, nahm alle die schönen Worte, die sie sprach und hörte, für bare Münze und sah in ihr eine begeisterte Promialin, die mit Feuerfackel für die Belebung der Frau aus unmündiger Geschäftshälfte kämpfte. Und da er wußte, daß er bald Witwer werden würde, ging er mit ihr, in der Hoffnung, sie nach dem Tode keiner Frau zu betrügen, ein Liebesverhältnis ein. Er wollte mit ihr einige Zeit in Paris leben; da er aber durch Familiengeschäfte an der Abreise verhindert war, bat er sie, allein nach Paris zu fahren und ihn dort zu erwarten. Nach zweieinhalb Tagen bereits erhielt er einen Brief, in dem ihm Paula mitteilte, daß sie sich in eigne Franzosen verliebt habe und mit diesem zusammengezogen sei. Zwischen uns ist alles zu Ende, lästerte sie, und die Schuld daran trägt Du. Weshalb heißt Du mich auch solange allein ge-

lassen? Für eine Dame vom Schlag Paulas waren vierzehn Tage eben schon eine lange Zeit. Dostojewski war wie vom Donner gerührt, sah alles stehen und liegen und reiste sofort ab. Obwohl er zum erstenmal im Ausland war, fuhr er durch Berlin und Köln durch, ohne Aufenthalt zu nehmen, um nur rasch nach Paris zu kommen. Hier erklärte ihm Paula, daß sie endlich das von ihr erträumte Ideal eines Mannes gefunden habe, und daß sie nie mehr nach Russland zurückkehren werde. Dostojewski rang mutig keinen Schmerz nieder, unterwarf sich dem Willen der Angebeteten und beschloß, sie nicht mehr wiederzusehen. Aber er hatte sich zweimal zugemutet und mußte sich schließlich eingestehen, daß er ohne das Mädchen nicht mehr leben könne. Seinen inständigen Bitten gelang es auch schließlich, Paula umzutunnen und sie hörte zu bringen, daß sie mit ihm die Rückreise antrat. Nach der Veröffentlichung seines berühmten Romans „Schuld und Sühne“ mußte er es indessen erleben, daß seine Feinde die Gelegenheit benutzten, um unter der Anschuldigung gegen ihn zu holen, daß er in der Berlin Rastklinik die gesamte russische Studentenschaft vor der Deutschenheit verächtlich gemacht habe. Dostojewski, der bösen Kritiken die willkommene Gelegenheit, endgültig mit einem Schriftsteller zu brechen, der in ihren Augen ein Verbrechen begangen hatte, die geliebten Studenten als Taugenichtse und Verbrecher an den Pranger zu stellen.

Das Erdbeben von Sodom und Gomorrha.

Der Untergang von Sodom und Gomorrha, wie er in der Bibel geschildert wird, ist die älteste Naturkatastrophe, die uns allen geläufig ist. Sie gehört keineswegs in das Bereich der Sage, sondern beruht auf geschichtlichen Tatsachen, die sie trotz der lagerhaften und lehrreichen Einteilung der Geschichte noch ergründen lassen. Nach einem Bericht in „Auserwähltes Land und Meer“ ist der Untergang der Städte als die Folge eines sog. tektonischen Erdbebens erkannt worden, einer Erdbebenstitterung nämlich, die nicht durch vulkanische Vorgänge verursacht wird, sondern durch das Eindringen von Hohlräumen im Innern der Erde, die durch Auswaschungen entstanden ist. Im Bereich des Jordanbettes hatten sich große Auswaschungen, große Hohlräume geschaffen, die sich mit Gasen sowie mit Erdöl- und Asphaltteeren gefüllt

hatten. Der Einsturz der Hohlräume ließ nun die Gas durch die entstehenden Spalten entweichen und preßte die Erdöl- und Asphaltmassen nach oben. Die Gas, die hauptsächlich aus Schwefelwasserstoff und Kohlenwasserstoff entstanden, entzündeten sich durch den Druck und die Gewalt des Ausströmens. Auch können Blitze dabei mitgewirkt haben, weil tieftholige Erdbeben häufig mit Gewittern verbunden sind. Das brennende Gas fand nun an den flüssigen Ausströmungen von Petroleum, Asphalt usw. die beste Rauchung, und so wurde dieses Erdbeben von einem ungeheurem Brand begleitet, von Explosions und entzündenden Rauchmassen, die die ganze Gegend erfüllten und alles Leben vernichteten. Den Zeitpunkt der Katastrophe von Sodom und Gomorrha hat man für das Jahr 1750 vor Christi berechnet. Nach den Angaben der Bibel ereignete sich der Untergang dreizehn Jahre nach der im ersten Buch Moje Kap. 15 erwähnten Sonnenfinsternis, die man für das Jahr 1763 v. Chr. berechnet hat.

Was Augenzeugen vom japanischen Erdbeben erzählten.

Die ersten Berichte von Augenzeugen der japanischen Katastrophe wurden von Flüchtlingen gegeben, die nach Nagasaki strömten. Aus den brennenden Städten drängte alles nach dem Wasser, um sich vor der durchbrennenden Glut zu hüten. Männer und Frauen retteten sich dadurch, daß sie in den Hafen sprangen, wo — manchmal erst nach Stunden — von den Schiffen aufgelesen wurden. Ein Mann erzählte, daß er, nach nur dadurch am Leben erhalten habe, daß er beständig tauchte und unter Wasser schwamm, wenn die über die Wasseroberfläche wehende Glut zu furchtbar wurde. Die Wege von Tokio waren so vollkommen zerstört, daß die Menschen auf ihnen nicht vormärkte fanden. Ein Augenzeuge aus der englischen Kolonie berichtete, daß er von dem Bergesfeuer von Tokio sah, wie die Türme der verschiedenen christlichen Kirchen durcheinander stürzten und verschwanden. Andere sagten mit an, wie das britische Marinekranhaus in die Luft stieg, wie das amerikanische Hospital in den Friedhof fiel und wie sämtliche Gebäude der fremden Staaten in dieser Gegend verwüstet wurden. Ein erschütternder Vorfall vor die Rettung einer Mutter, die vor ihrem toten Kind nichts tun konnte, wollte sie schwammig die Wege mit auf das Schiff zu sein und ins Meer versenkt wurde.

